

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 7

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Ein Radschuh, der Gesetzgebung unterlegt / Die Dimensionen der Landesausstellung. / Immer wieder: Staatliche Arbeitsbeschaffung.

Neue Lehrer demokratischer Grundsätze sind unter uns aufgetaucht. Wer kürzlich im September der ersten Sitzung des Nationalrates beiwohnte, konnte einen von ihnen vernehmen, wie er für die Rechte des Volkes bei der Gesetzgebung einstand. Es war Herr Bratschi, der im Namen der Richtlinienbewegung die „Dringlichkeits-Initiative“ verteidigte. „Um eine mißbräuchliche Anwendung der Dringlichkeitsklausel bei Bundesbeschlüssen zu verhindern“, haben ja die Linksparteien eine Initiative lanciert, die für dringliche, dem Referendum entzogene allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse in jedem der beiden Räte eine Zweidrittelsmehrheit der Stimmenden fordert. Diese Initiative, welche unter der Devise „Gegen die Ausschaltung der Volksrechte“ segelte und 289 765 Unterschriften auf sich vereinigte, möchte in Zukunft verhindern, daß die bloße Mehrheit der Räte leichtthin Gesetzgebungs- und Verwaltungsakte der Volksabstimmung entziehen kann. Wie rufen da unsere neuen Lehrer der Demokratie? „Die Autorität des Bundes und des Gesetzgebers hat in erschreckendem Maße gelitten. Der Rechtsstaat, das Grundelement eines geordneten Zusammenlebens, ist im Abbruch begriffen. Wir stehen inmitten einer schweren politischen und geistigen Krise, bei der es um das Schicksal unserer Demokratie geht.“ (Vernehmlassung des Arbeitsausschusses der Richtlinienbewegung.) Darauf antworten wir aber: „Eure Worte und eure Sorge um die Demokratie sind wohl schön und recht, aber wir bestreiten euch die Legitimation, so zu reden. Wir bestreiten euch diese Legitimation zum mindesten vorläufig. Um als Hüter der Demokratie auftreten zu können, müßt ihr euch zuerst etwas bewährt haben. Noch zu nahe liegt die Zeit und noch zu frisch ist die Erinnerung daran, daß ihr die Diktatur der Demokratie vorgezogen, daß ihr die Vaterlandslosigkeit gepredigt und die Landesverteidigung verneint habt. Und wer kann heute schon wissen, daß eure Wandslung zur Demokratie wirklich dauerhaft und nicht bloß die Stimmung einer politischen Stunde ist?“

Wenn wir indessen auch die persönliche Legitimation der Initianten ablehnen und uns ihre Lehrmeisterei verbitten, so will das nicht bedeuten, daß wir uns sächlich die vorgetragenen Gedanken nicht ansehen. Die Angelegenheit hätte ja auch von anderer Seite aufgegriffen werden können. In Tat und Wahrheit ist das Mißbehagen über das Dringlichkeitsregime auch gar keine Erfindung der Linksgruppen — diese haben vielmehr bei den Dringlichkeitsbeschlüssen stets wacker mitgeholfen und ihren Nutzen daraus gezogen —, sondern bürgerliche Rechtslehrer wie Fleiner, Schindler und Giacometti haben zuerst der juristischen Anfechtbarkeit der neuen Dringlichkeitspraxis Ausdruck gegeben, und dazu sind dann noch die schmerzlichen Erfahrungen im bürgerlichen Wirtschaftsleben gekommen. So ist es eigentlich etwas beschämend für die bürgerlichen Parteien, daß nicht sie die Initiative zu einer neuen Ordnung ergriffen. Indem sie ja dann dem bundesrätlichen Gegenentwurf zustimmten, haben sie selbst zugegeben, daß für sie in dieser Sache etwas zu tun gewesen wäre. Lehnen wir einerseits die neuen Lehrer der Demokratie vorläufig noch ab, so müssen wir andererseits umso dringlicher erwarten, daß die alten Parteien ihr demokratisches Lehramt gewissenhaft verwalten.

Darüber, daß der Artikel 89 der Bundesverfassung in den letzten beiden Jahrzehnten mißbraucht wurde, kann kein Zweifel bestehen. Es waren müßige Bestreitungen, die in den Räten von Bally und Rohr vorgebracht wurden. Sogar die „Basler Nachrichten“ anerkennen „die unzweifelhaft vorgekommene Übertreibung der Dringlichkeitspolitik“, und die sozialistische Initiative ist darum auch nicht halb so „verfehlt“, wie sie das „Vaterland“ letztes Jahr noch glaubte hinstellen zu können. Selbst der „Bund“ fand, daß die Initiative etwas für sich habe, indem er schrieb: „Dann hätte man nicht das quälende Gefühl, daß man mit Hilfe einer materiellen Dringlichkeit neben dem Volke vorbei und über die Verfassung hinweg regiert werde.“ Die geltende Bundesverfassung läßt es bekanntlich zu, daß National- und Ständerat eilige rechtssetzende oder verwaltende Maßnahmen in die Form allgemein verbindlicher Bundesbeschlüsse kleiden, sie mit bloßer Mehrheit der stimmenden Mitglieder als dringlich erklären und damit dem Referendum entziehen können. Von dieser Möglichkeit wurde reichlich Gebrauch gemacht, und zwar nicht mehr nur in den regulären Fällen zeitlicher Dringlichkeit, sondern auch dann, wenn die Parlamentsmehrheiten eine Regelung für materiell notwendig hielten. Da kam natürlich das Volk zu kurz: es konnte sich manchmal zur Sache nicht mehr äußern — zum Beispiel bei der Weinsteuer —, obschon ihm eigentlich das Recht der Abstimmung zugestanden hätte. Seit 1931 wurden so bis zum 1. April 1938 achtzig dringliche Bundesbeschlüsse gefaßt, die meisten sogar einstimmig, und nur bei elf Beschlüssen wurde ein Antrag auf Streichung der Dringlichkeitsklausel gestellt. Unter der Hand, mitverursacht durch die Krise einerseits und durch die Bedrängnis der Bürgerlichen andererseits, ist das Dringlichkeitsregime groß geworden. Es war das einzige Mittel, um nicht nur ein sofortiges, sondern auch ein den Intentionen des Parlamentes und des Bundesrates entsprechendes politisches Handeln durchzusetzen. Man benützte darum das Instrument der Dringlichkeitserklärung auch besonders dann, wenn man dem Einverständnis des Volkes nicht traute, also eben gegen das Volk regieren wollte. Davon her ist der „schöne“ Begriff der „materiellen Dringlichkeit“ in den Parlamentsbetrieb und in die neuere Staatsrechtswissenschaft hineingekommen; er ist recht eigentlich das Kennzeichen für die Fehlentwicklung.

Wie sollte nun dem eingerissenen Übelstande abgeholfen werden? Die Richtlinienleute bringen ihren bekannten Vorschlag auf die Erfordernisse einer Zweidrittelmehrheit und einer Befristung auf drei Jahre. Sie mögen dabei ihren politischen Vorteil im Auge haben. Bei solchen Fragen der Geschäftsordnung indessen kann ein solcher Vorteil auf die Dauer keine Rolle spielen, sondern es kommt einzig auf die praktische Brauchbarkeit und sachliche Berechtigung einer Bestimmung an. Darnach ist sie zu beurteilen, komme sie, von welcher Seite sie immer wolle. In erster Linie wird man da die Beschränkung der Dringlichkeitserklärung auf „Bundesbeschlüsse, deren Inkrafttreten keinen Aufschub erträgt“, begrüßen müssen. Was dann aber die Zweidrittelmehrheit anbetrifft, so ist dagegen eingewendet worden, daß sie, statt der Mehrheit, der Minderheit den Entscheid in die Hand gebe, weil die Minderheit dann durch ihr Veto einen Beschluß vereiteln könne. Das hätte wirklich etwas Stoßendes, namentlich wo es sich um politische Neugestaltung handelt wie bei fast allen Dringlichkeitsbeschlüssen. Anders wäre es bei der Aufhebung von Bestehendem, wo man das Volk als mit dem Bisherigen einverstanden schätzen kann, so daß man einer Minderheit hemmende Funktion zubilligen darf. Der dritte Punkt schließlich ist wieder berechtigt, indem er eine Befristung der dringlichen Beschlüsse auf drei Jahre vorsieht. Von diesen drei Punkten hat nun der von den eidgenössischen Räten angenommene bundesrätliche Gegenentwurf dasjenige übernommen, was wirklich erhaltenswert war, die Beschränkung auf eine zeitliche Dringlichkeit und den Grundsatz der Befristung; sodann ist auch noch eine

Regelung des Mehrheitsverhältnisses erfolgt auf die Mehrheit der Mitglieder jedes Rates. Der unaufhörlich rollenden Gesetzgebung soll also ein Radschuh unterlegt werden. Die Bundesversammlung wird künftig nicht mehr so leichtthin mit dringlichen Beschlüssen Recht, auch verfassungswidriges Recht, schaffen können. Das Volk aber wird Gelegenheit bekommen, in den Fällen bloß materieller Notwendigkeit sein Wort in einer Volksabstimmung mitzureden.

Die bürgerliche Presse hatte nicht unrecht, als sie die Dringlichkeits-Initiative als einen machtpolitischen Vorstoß der Richtlinienbewegung kennzeichnete. Daß es ihnen um die Macht gehe, ist von den Richtlinienleuten auch zugegeben worden. Allein man hat davon viel zu viel Wesens gemacht. Mir scheint nämlich eine solche Bestimmung ein ganz untaugliches Mittel für einen solchen Zweck zu sein. Die politischen Verhältnisse sind persönlich, parteilich und sachlich so wandelbar, daß sich auf eine solche Verfahrensbestimmung keine Macht aufbauen läßt. Den Beweis dafür sehe ich in der Tatsache, daß dieselben Richtlinienleute bei der Vereinigung von Basel-Landschaft mit Basel-Stadt ein qualifiziertes Mehr ablehnen mußten, und daß sie sich durch ihre internen Verhältnisse schon in der Septembersession selbst wieder genötigt sahen, einen durchaus nicht dringlichen Bundesbeschluß über den Gütertransport auf der Straße ganz entgegen ihren Theorien für dringlich zu erklären. Verfahrensbestimmungen haben durchwegs die Eigenschaft, daß sie sich so gut für wie gegen ihre Urheber auswirken können.

* * *

„Die Landesausstellung verfügt heute über einen Preis von 65 Mitarbeiter, die ihre ganze Initiative und wohl auch ihre volle Nervenkraft in den Dienst dieser nationalen Schau stellen.“ — „Die Vorbereitungen zur Landesausstellung stehen im Zeichen des Kampfes um die Fläche. Viele hundert Sitzungen mußten abgehalten werden.“ — „Heute liegen die Voranmeldungen von 400 Verbänden und von 3000 Einzelausstellern vor.“ — „Was die Finanzierung anbetrifft, so ergibt sich auf dem Baubudget ein Fehlbetrag von 2,5 Millionen, so daß sich die Ausstellung gezwungen sieht, neue Einnahmequellen zu schaffen. An öffentlichen Subventionen flossen der Ausstellung 5 Millionen zu. Die Lotterien bringen 3 Millionen. Bei sorgfältiger Berechnung für normale Verhältnisse rechnet man mit 5½ Mill. Eintrittsgeldern. Aus Wirtschaftsbetrieben, Konzessionen, Verkehrsunternehmungen, Attraktionen und anderen Veranstaltungen erwartet man 2,5 Mill. Die Aussteller selber werden für den inneren Aufbau (Ausstellungsgut und Betrieb) etwa 10 Mill. aufzubringen haben.“ — „Es werden im Schweizerland ganze Wälder umgelegt, um die Höhenstraße und die Pavillons der Landesausstellung zu zimmern.“ — „Jeder Kanton, jede Region, jedes Unbaugebiet, jede Industrie und jedes Handwerk wird an der Landesausstellung vertreten sein, denn sie will alle besten Leistungen sammeln.“ — „Alle Amtsstellen der Stadt Zürich befaßen sich neben der Landesausstellungsleitung seit Monaten mit Ausstellungsproblemen: es wird skizziert, planiert und teilweise sind — vor allem auf dem Gebiete des Straßenbaues schon jetzt gewaltige Errungenschaften sichtbar.“ — „Besonders im Gebiete der Ausstellung wird es schwer halten, geeignete Parkierungsflächen zu beschaffen, gilt es doch bei Massenbesuch maximal 10000 Automobile so zu parkieren, daß sich der Verkehr reibungs- und unfallos abwickeln kann.“ — „Den Grundsatz verfolgend, daß an der großen Landesschau auch das Kulturgebiet der Musik gezeigt werden soll, hat ein Subkomitee ein großzügiges Programm volksmusikalischer Veranstaltungen aufgebaut.“ — „In der Abteilung „Kleider machen Leute“ soll eine amüsante und witzige Kleinkunstbühne entstehen, auf der von Schauspielern Revuen und Sketches gespielt und von jungen hübschen Mädchen die schönsten Schöpfungen der Schweizer Mode

gezeigt werden sollen. Dabei ist vorgesehen, daß die jungen Mannequins eine Art *Girlsgruppe* bilden, die sich graziös bewegt, ein paar Steptänze und einige kleine Schlager zum besten gibt und mit Geschick Statistinnenrollen ausfüllt.“ — „Biereinhalb Monate sind es her, seit das erste der vier Landesausstellungen *Lungschiffe* von der Konstruktionswerkstätte Escher Wyß in Zürich nach Horgen übergeführt worden ist.“ — „Die *Ausstellungsschwebbahn* wird Wirklichkeit. Damit wurde der Landesausstellung eine Attraktion gesichert, die auch über unsere Grenzen hinaus bei Laien und Fachleuten Bewunderung auslösen wird, handelt es sich doch um ein technisch höchst interessantes Bauwerk. Schon in wenigen Monaten werden die Fundationsarbeiten der beiden 75 Meter hohen *Türme* auf dem linken und rechten Seeufer in Angriff genommen. Die Endpunkte der Bahn, also die beiden Abspanntürme, liegen im Hafen Riesbach und im Hafen Enge.“

Diese mühelos zusammengelesenen meist offiziellen Äußerungen geben uns ein Bild von den Dimensionen, welche die Landesausstellung erhalten soll. Es sind in jeder Beziehung große Dimensionen, ja es sind wohl Dimensionen, wie man sie sich in unserem Lande größer überhaupt nicht mehr vorstellen kann. Zürich will uns vor das „*Non plus ultra*“, stellen. Die Berner Ausstellung vom Jahre 1914 wird dahinter verschwinden, und es ist überhaupt fraglich, ob in Zukunft irgend ein anderer Landesteil außer Zürich fähig sei, je wieder eine Landesausstellung aufzuziehen, die nicht gegenüber der zürcherischen stark abfällt. Wer geistes- und kulturgeschichtlich zu denken pflegt oder die Ausstellung gar „*sub specie aeternitatis*“ betrachtet, wird das, was da mit den letzten Kräften und in den höchsten Tönen aufgerichtet wird, allerdings etwas nüchterner beurteilen. Er wird die Frage nach den Beweggründen und Zielen, aber auch die Frage nach der Wahrheit stellen. In dieser Richtung hören wir vom Ausstellungsdirektor in der „Schweiz. Handelszeitung“ die Antwort: „Eine Landesausstellung ist von Natur aus ein großes Gemeinschaftswerk und, von der Zweckbestimmung aus gesehen, das vornehmste Mittel der Propaganda für ein Land.“ Und weiterhin: „Zu den Grundsätzen, „Geschäfte anbahnen, Waren verkaufen“, die den älteren Ausstellungen inne wohnen, kommen neue: „Belehren, Aufklären, Ermutigen, Wege in die Zukunft weisen“. Die Landesausstellung wird im weitesten Sinne auch eine Stätte der *Volks-erziehung* und *Volksbildung* sein.“ — Man wird mir aber zustimmen müssen, wenn ich sage, daß dies nicht die einzigen Motive und Ziele seien. Das Zustandekommen der neuen Ausstellung ist auch stark beeinflusst von der Absicht, sich zur Geltung zu bringen und von der Absicht auf Gewinn. Andererseits wieder ist sie ein Ausdruck der heutigen Wirtschaftsnot, die darin besteht, daß wir wohl Güter und Können besitzen, aber keine Arbeit haben, sodaß um jeden Preis etwas unternommen werden soll. Auch der Gesichtspunkt des Erstrebens einer immer höheren Lebenshaltung läßt sich hier noch einreihen. Sodann stellt sich eben auch die Frage nach der Wahrheit: Die Ausstellung soll ja, wie oben an einer Stelle gesagt worden ist, „die besten *Leistungen* versammeln“. Es liegt ihr also die Meinung zu Grunde, daß das Gute das Wesen von Land und Volk ausmache. Gebliffentlich wird darum die Ausstellung alles *Nachteilige* verschweigen, also etwa die mangelnde Bereitschaft unseres Heeres, die Arbeitslosigkeit, die Überfremdung, den Unglauben, den Geburtenrückgang, die sinkende Ethemoral, die ansteigenden Verbrechensziffern, den kleinlichen Parteihader, das *Ein-schnappen auf fremdländische üble Bräuche*, und dergleichen mehr. Es wird niemand bestreiten wollen, daß dies alles auch zum wahren Bild unseres Landes gehöre. Zudem die Landesausstellung aber dies alles unterdrückt, wird sie zu einem schönen Traumgebilde werden, an dem bloß die Hälfte Wahrheit ist. Man könnte auch sagen, sie werde nur zwei- und nicht dreidimensional wie das Volksleben. Wer daher in sie eintreten wird, muß sich das stets vor Augen halten. Es wird auch noch lange

nicht alles wirklich schweizerisch sein, was die Ausstellung so deklariert, z. B. ihre Schönheitskonkurrenz und die Girlstruppe. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Realitäten und die politische Lage der Gegenwart ließe sich überdies fragen, ob die Landesausstellung nicht dem Volke mit dem Hinweis auf ein anspruchsloseres Leben einen besseren Dienst täte, als mit der Förderung seiner Ansprüche. Die hohe Überspannung des Zürichseebeckens, womit die „Übersee-Bahn“ die beiden Teile der Ausstellung verbinden wird, könnte vielleicht noch symbolischen Charakter für das ganze, gewiß gut gemeinte und organisatorisch wie technisch vorzüglich geplante Werk bekommen.

* * *

Die Arbeitsbeschaffung durch den Bund ist noch heute eines der politischen Tagesgespräche und wird es lange Zeit bleiben. Hatte die Richtlinienbewegung mit ihrem Volksbegehren betreffend ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm bekanntlich den Abwertungsgewinn der Nationalbank um 300 Millionen Franken anzapfen wollen — ein Begehren, das übrigens heute noch nicht zurückgezogen ist —, so hat sie bekanntlich der Bundesrat mit seiner Botschaft vom 7. Juni 1938 über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch übertrumpft. Sein großer Wurf geht nicht nur auf 300, sondern gerade auf 415 Millionen, und er hat ihm durch die Verkopplung von Arbeitsbeschaffung und Landesverteidigung einen patriotischen Charakter verliehen. Die Sache ist aber natürlich noch nicht im Reinen. Die nationalrätliche Kommission nämlich, welche über den Antrag tagte, hat die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen, damit dieser die Verbindung der beiden verschiedenartigen Vorschläge in einem und demselben Verfassungsartikel aufhebe und die finanzielle Deckung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung im Sinne einer teilweisen Heranziehung des Abwertungsgewinnes und des Ersatzes der vorgesehenen Ausgleichsteuer durch eine allgemeine Umsatzsteuer für alle größeren Detailgeschäfte prüfe. Diese Prüfung hat nun in den letzten Tagen damit geendet, daß der Bundesrat an seiner — immerhin etwas gemilderten — Ausgleichsteuer festhält und sich im Verein mit der Nationalbank der Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes widersetzt. Bei der Verzögerung der ganzen Sache ist der Nationalrat dann kürzlich überein gekommen, auf dem Wege einer Zwischenlösung vorderhand 70,3 Millionen für die beiden erwähnten Hauptzwecke auszugeben.

Die Wertung der staatlichen Arbeitsbeschaffung bleibt aber nach wie vor problematisch, auch nachdem sich der Bundesrat grundsätzlich auf die Seite der „staatlichen Arbeitsbeschaffer“ gestellt hat. Jene Worte, die er im Jahre 1935 der gleichgearteten Kriseninitiative entgegenhielt, sind durch den Ablauf der Zeit nicht entkräftet worden. Er hatte damals geschrieben: „Der vorgesehene Verfassungsartikel würde zu einer Unterdrückung des Verantwortungsbewußtseins und der Initiative der in der Wirtschaft tätigen Personen führen und das Schweizervolk in die Bande seiner verfehlten, sozialistischen Wirtschaftsorganisation legen, die dem Schweizer mit Recht zuwider ist, weil sie die Freiheit vernichtet und unser Land dem Ruin entgegenführen würde.“ Was der Bundesrat also damals verpönte, zu dem stellt er sich heute selber. Dem Baugewerbe soll durch Subventionen nachgeholfen, die Linthebene soll melioriert, die zivile Luftfahrt gefördert, doppelspurige Eisenbahnen und Alpenstraßen sollen ausgebaut werden, kurz es ist eine staatliche Beeinflussung der Wirtschaft im Tun begriffen, wie man sie bei uns überhaupt noch nie gesehen hat. Einen Begriff davon erhält man aus der Berechnung, daß die ganze Ausgabe des Bundes ein Arbeitsvolumen von 1095 Millionen auslösen, also 59 000 Arbeitern volle drei Jahre lang Beschäftigung geben soll. Das „Vaterland“ hat dazu richtig bemerkt, eine solche Ausgabe rechtfertige sich nur, wenn sie schließlich zu einer Besserung der

Lage führe. Aber gerade das ist nicht zu erwarten. Wie sollte etwa die Rückbildung des überbesetzten Baugewerbes innert drei Jahren und zudem noch unter dem Regime der Subventionen möglich sein? Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bedenken sind auch gegen die Arbeitsprojekte Einwendungen zu erheben und auch bereits erhoben worden, z. B. von der Wirtschaftskommission der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich und von Prof. Theo Keller. Während die Erstgenannte im Gegensatz zum Bundesrat der Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs das Wort redet, weist Prof. Keller darauf hin, daß es nicht so sehr darauf ankomme, daß Pyramiden gebaut würden, d. h. daß irgendwelche Much-Arbeit verrichtet werde, die, wenn sie zu Ende sei, sich ohne Weiterwirkung in Nichts auflöse, sondern daß es unerlässlich sei, nach Arbeitsmöglichkeiten zu fahnden, die fortzeugend neue Werkgelegenheit schaffen. Bei der vorherrschenden Identifizierung von Arbeitsbeschaffung mit Bautätigkeit blieben aber die wirklich produktiven Formen der Arbeitsbeschaffung links liegen. Auf die Stichhaltigkeit dieser Überlegungen kann nicht genug hingewiesen werden.

Bülach, den 19. Oktober 1938.

Walter Hildebrandt.

Der Waffenstillstand von München.

Nicht ganz 20 Jahre nach dem Weltkrieg, durch den der europäischen Kultur Millionen von Menschen für immer entzogen worden sind, hat unsere Generation von neuem die fürchterliche Drohung einer unmittelbaren Kriegsgefahr empfinden müssen. Wer am Nachmittag des 18. September Gelegenheit hatte, den überbesorgten Ausdruck in den Mienen insbesondere aller derer zu betrachten, deren Pflicht es vielleicht in wenigen Stunden sein mußte, die heiligen Grenzen des Vaterlandes zu verteidigen und derweil ihre Familie einem für eine ungewisse Zeit ungewissen Schicksal zu überlassen, der muß die ungeheure Freude verstehen, die sich auf all den gleichsam erlösten Gesichtern kundgab, als, gänzlich unerwartet, die Nachricht von der Einigung der vier Großmächte zu einer Konferenz in München eintraf.

Auch heute noch, annähernd vier Wochen nach dem Abschluß des Abkommens von München, ist das Gefühl der ungeheuren Erleichterung darüber, daß das schreckliche Ereignis durch die Klugheit der Staatsmänner vermieden werden konnte, in den breiten Massen durchgängig vorherrschend, trotz aller Schwierigkeiten, die seitdem in großem Maße wieder aufgetaucht sind. Vielleicht war es in letzter Linie gar nicht das Werk der Staatsmänner, das uns diese glückliche Lösung gebracht hat — vielleicht sind diese vier historischen Persönlichkeiten allesamt, ohne Ausnahme, einfach die Geschobenen ihrer Völker gewesen, dieser Völker, die einfach nicht gewillt waren, die säkulare Tragödie eines neuen Weltkrieges bereits nach zwanzig Jahren zu wiederholen. Diese vier Staatsmänner standen in letzter Linie unter dem imperativen psychologischen Zwang, der vor dem Entschluß zum Äußersten eine eindeutige Verbotstafel aufzustellen suchte. Vielleicht...

* * *

Solche Überlegungen aber sind am Ende doch zu wenig realisierbar, als daß sie irgendwie zur Grundlage einer politischen Beurteilung gemacht werden könnten. Allein trotz diesem Vorbehalt wird dieses Argument der ungeheuren Kriegsmüdigkeit der Völker in Zukunft als stärkerer Aktivposten in die Rechnung eingestellt werden können, als man dies vor den Septemberereignissen anzunehmen geneigt war, und es ist ein nicht unerheblicher Trost, daß diese Erwägung wohl auch auf diktatorisch regierte Länder angewandt werden kann. Immerhin wird sie dort — und das ist zu bedenken — infolge der Verumständungen, die solche

Systeme mit sich bringen, weniger schwer ins Gewicht fallen als in Ländern, wo das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet ist.

Dies erscheint unschwer erkenntlich, wenn das Ergebnis von München, soweit es sich heute überblicken läßt, objektiv analysiert wird. Der imperative Zwang zur Erhaltung des Friedens war in der Richtung auf die Staatsmänner des demokratischen Westens zweifellos ungleich stärker als auf den Staatsmann, in dessen Händen die Entscheidung in letzter Linie liegen mußte. Wäre dem anders, wäre also der Zwang zum Frieden überall gleich stark gewesen, so müßte aus dem Schmelztiegel der in letzter Stunde eingeleiteten Verhandlungen doch wohl so etwas wie ein Kompromiß entstanden sein. Allein München ist kein Kompromiß, wenigstens nicht in dem Sinne, daß beide Verhandlungspartner, bezw. Verhandlungsgruppen, im Sinne der Verständigung zurückgewichen wären. Die Lage ist vielmehr so, daß ein Teil, wie sich heute eindeutig ergibt, in allen wesentlichen Punkten gewonnen hat — und es bleibt nunmehr nur festzustellen, inwieweit der korrespondierende Verlust den anderen Verhandlungsteil zu treffen vermochte, jenen andern Teil, der an sich nur indirekt beteiligt war, nachdem die durchaus eindeutige Rechnung im übrigen völlig zu Lasten eines Objektes erging, das man weder anhörte, noch auch nur einlud.

* * *

Die Frage verdient aus der Entwicklung seit der Entsendung des Lord Runciman in ganz kurzen Strichen beantwortet zu werden. Damals waren die Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der Sudetendeutschen Partei in eine Sackgasse geraten. Auf sudetendeutscher Seite stand man auf dem Boden von Karlsbad. Tschechischerseits wurde alles verschleppt. Unter diesen Umständen zeitigte die Mission Runcimans — dies verdient im Gegensatz zu der allgemein verbreiteten Meinung festgehalten zu werden — gar nicht unbedeutende Erfolge. Konstante Zwischenfälle störten sie zwar, aber schließlich kam am 7. September doch der „vierte Plan“ der tschechoslowakischen Regierung heraus, und dieser Plan war tatsächlich von den Karlsbader Forderungen nur noch sehr wenig entfernt. Es waren schließlich mitten im Handeln stehende Personen auf der sudetendeutschen Seite, und dazu gar nicht etwa die ersten besten, die in diesen Tagen unverhohlen ihrer Befriedigung über den von tschechischer Seite erreichten Erfolg Ausdruck gaben. Aber das Bedenkliche war eben, daß das Mißtrauen auf deutscher Seite nachgerade so groß geworden war, daß man dem Staatspräsidenten Beneš den Willen, seine eigenen Angebote wirklich loyal durchzuführen, rundweg absprach. In dieser Richtung müssen sich irgendwie auch die Überlegungen des Lord Runciman bewegt haben; Haß und Mißtrauen müssen eben auch das äußerlich günstigste Verhandlungsabkommen seiner Wirkung berauben. So empfahl Lord Runciman die Trennung.

Diese Lösung, also die radikale, war wohl auch von Anfang an das eigentliche Ziel der deutschen Politik. Rückschauend gewinnt man heute allerdings den Eindruck, daß dieses Ziel in der Folge der sich abrollenden dramatischen Ereignisse sukzessive weitergesteckt worden ist. Was in Berchtesgaden, am 15. September, vor sich gegangen ist, darüber herrscht auch heute keine Klarheit. Die Vermutung scheint aber nicht ganz unbegründet, daß der englisch-französische Plan vom 18. September, der die Erfüllung der deutschen Trennungsbegehren zu einem sehr großen Teil in sich schloß, den Tschechen das für sie in jenem Stadium unerhörte Opfer deshalb zumutete, um weitergehenden Ansprüchen den ursprünglichen Boden zu entziehen.

Im Memorandum von Godesberg waren weitergehende Ansprüche dem Inhalt nach nicht gestellt. Die ultimative Form aber und gewisse Nebenbestimmungen schienen indessen doch darauf hinzuweisen, daß man nicht ungern weiter gehen würde. Warum hat wohl damals Chamberlain der tschechoslowakischen

Regierung die Mobilisation indirekt empfohlen? Godesberg wurde abgelehnt, dafür aber erweiterte man den englisch-französischen Plan nicht unbeträchtlich, indem man ihn mit der Garantie der britischen Regierung umkleidete. Zugleich aber waren damit die beiderseitigen Positionen anscheinend unverrückbar bezogen. Es folgte die dramatische Spannung, die Mobilisierung der britischen Flotte, das bekannte Communiqué des Foreign Office über die unbedingte Hilfsbereitschaft der Entente und Rußlands gegenüber der Tschechoslowakei, es folgten die beiden Appelle des Präsidenten Roosevelt, dann kam die kurzfristige Ankündigung der deutschen Mobilisation, es folgten die letzten, anscheinend fast verzweifelten Versuche Chamberlains, die dann zur Ansetzung der Münchner Konferenz und am Ende zu der materiell vollständigen Durchsetzung der territorialen Ansprüche Deutschlands von Godesberg führten.

* * *

Der wirkliche Hintergrund der dramatischen Ereignisse dieser Woche, die doch den meisten von uns nicht aus dem Gedächtnis entschwinden wird, ist schwer festzustellen. Es mischen sich dabei in seltsamer Weise Fragen des machtpolitischen Gewichtes mit ausschlaggebenden Erwägungen persönlichen Charakters.

Man wird ohne Übertreibung feststellen können, daß die anscheinend völlig entschlossene Abwehrpolitik der Westmächte und Rußlands zu Gunsten der Tschechoslowakei — mit ihren massiven Mobilisierungen und Drohungen — am Ende doch zu einem andern Resultat als dem von München geführt hätte, stünde nicht Adolf Hitler an der Spitze des Reiches. Für den Fall eines Kriegsausbruchs wäre Deutschland in jenen Tagen nicht in günstiger diplomatischer Position gestanden, nachdem grundsätzlich seine Forderungen angenommen und deren Ausführung mit der englischen Garantie ausgestattet war. So wäre es für die Kriegspropaganda der Westmächte keine übermäßig schwere Arbeit gewesen, Deutschland vor aller Welt ins Unrecht zu setzen mit dem Argument, daß es um einiger Termine willen und im Wesentlichen um Fragen des Prestiges die ganze Welt in den Krieg gestürzt hätte, nachdem ja seine Forderungen bereits bewilligt waren. Die Radiobotschaft Chamberlains ließ daran keinen Zweifel. Weshalb blieb dann die Haltung Hitlers intransigent und unverrückbar? Man kann hierfür drei Gründe anführen.

1. Es ist zwar nur wenig bekannt, aber zutreffend, daß General Syrový effektiv zum Kriege entschlossen war. Er hoffte, angesichts der bestehenden Bindungen einen allgemeinen Krieg auslösen zu können, aus dem, größer und neu gefestigt, das tschechoslowakische Reich hervorgehen sollte. Gewiß hatte er den englisch-französischen Plan angenommen, aber erst, nachdem ihm das Godesberger Memorandum bekannt war. Dieses lehnte er ab, und er konnte überzeugt sein, daß Hitler nicht bis zum englisch-französischen Plan zurückgehen werde. Die kriegerische Absicht des Generals aber muß dem deutschen Reichskanzler bekannt gewesen sein. Er dürfte dabei gedacht haben, daß selbst nicht unwesentliche Abstriche an Godesberg den Konflikt doch nicht verhindern würden, solange Syrový auf die französische Unterstützung zählen konnte. Hier aber ist dem tschechischen General offensichtlich ein Fehler unterlaufen. Während Hitler aus Gründen, die wir anschließend wiedergeben, letzten Endes überzeugt war, daß die Westmächte doch nicht eingreifen würden, der Krieg also lokalisiert bliebe und damit die weitergehenden Pläne des Reiches zu erreichen wären, rechnet Syrový immer noch auf die Unterstützung aus dem Westen. Diese Fehlspekulation blieb aufrecht erhalten, bis Syrový in der Nacht vom 26. zum 27. September durch ein Telefongespräch mit General Gamelin einwandfrei darüber aufgeklärt wurde, daß Frankreich nicht in der Lage sei, der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen.

2. Der schwere Rückstand der Rüstungen der Westmächte, insbesondere zur Luft, dürfte Hitler bekannt gewesen sein. Die neu angelegten Befesti-

gungen im Westen waren schon damals so weit, daß mit einem französischen Einbruch nicht zu rechnen war. Die kriegsfeindliche Stimmung im Bereiche der Westmächte mußte ihm bekannt sein. Was Frankreich betraf, so brauchte er sich ja nur den „Matin“ oder das „Journal“ oder den „Gringoire“ vorlegen zu lassen, um im Bilde zu sein, wie sehr die Stimmung in Frankreich geteilt war und wie deutlich die kriegsgegnerischen Stimmen zum Ausdruck kommen durften. So konnte Hitler damit rechnen, daß im Kriegsfall die aktive französische Armee wohl unbedingt stehen würde, daß aber zugleich mit dem Einsatz der Reservisten gewisse Komplikationen zu erwarten waren, die über die bekannten Vorgänge der Jahre 1914 und 1917 weit hinaus gehen würden. Auch die in letzter Linie einem Eingreifen abgeneigte Haltung Englands dürfte ihm bekannt gewesen sein. Zu deutlich waren doch gewisse Stimmen gewesen („Times“). Die Dominions hatten keine Lust, sich für die Tschechoslowakei zu schlagen. Hier war es die japanische Gefahr, die die Position des fünften Erdteils, ja Indiens, bedrohte. Das britische Reich war infolge des bedenklichen Rückstandes seiner Rüstungen nicht in der Lage, dieses Risiko einzugehen.

Auch dürfte die Schwäche Rußlands offenkundig gewesen sein. Stalin hat das Führerkorps der russischen Armee in beinahe unvorstellbarem Maße dezimiert. Es gibt heute russische Divisionen, die von Hauptleuten kommandiert werden. Das russische Reich war im Westen aktionsunfähig.

Hitler kannte also die momentane machtpolitische Überlegenheit des Reiches, im Verein mit Italien. Auch die Rolle des zweiten Achsenpartners war für den Kriegsfall festgelegt. Im Einverständnis mit dem Reich sollte Italien, mindestens in den Anfängen des Krieges, neutral bleiben, um durch Offenhalten eines Versorgungsweges die Blockade Deutschlands zu verhindern.

Hitler waren also die günstigsten machtpolitischen Voraussetzungen wohl bekannt. Er gedachte, sie restlos auszunützen.

3. Allein diese Erwägungen im Sinne der logischen Beurteilung der machtpolitischen Chancen können nicht völlig genügen, um die Haltung Deutschlands zu erklären. Schließlich konnte man sich doch in dem einen oder andern Punkt am Ende noch täuschen, oder es war doch immer damit zu rechnen, daß durch irgend einen unglücklichen Zufall im tschechoslowakischen Gebiet selbst oder durch die Ungeglichkeit irgend einer Amtsstelle eine Situation geschaffen würde, die bei der damaligen hochgradigen Spannung den Krieg eben doch auslösen mußte. Aber gerade hier zeigt sich nun die Bedeutung der seltsamen Persönlichkeit Adolf Hitlers. Die stete Steigerung der deutschen Ansprüche bis zum Memorandum von Godesberg, die äußerst radikale Sportpalastrede vom 26. September, das unerbittliche Festhalten an den einmal vorgebrachten Ansprüchen, selbst in einer Situation, die äußerst gefährlich war — dies alles läßt in Hitler einen Staatsmann erkennen, dessen Format wohl vergeblich mit der gewöhnlichen Elle zu messen sein dürfte. Mit dem Versuch, das diplomatische und machtpolitische Gebäude jener Tage nach den Gesetzen der Logik nachzuzonstruieren und daraus Rückschlüsse zu ziehen, kommt man hier allein nicht weiter. Hier setzt das Unwägbare ein.

* * *

Der ehemalige österreichische Staatssekretär des Regimes Schuschnigg, Guido Zernatto, der zu den engsten Vertrauten des ehemaligen Bundeskanzlers gehörte — er war von Berchtesgaden (Februar 1938) bis zum Einmarsch Minister — veröffentlicht dieser Tage in einer französischen Zeitung einen höchst interessanten Aufsatz: „L'entrevue de Berchtesgaden“. Der Verfasser war in Berchtesgaden selbst nicht anwesend, sondern wartete in spannenden Stunden auf die Rückkehr des Bundeskanzlers. Für die Beziehungen der beiden, wie auch für die Authentizität des Berichtes spricht indessen die Tatsache, daß Zernatto der erste war, der Schuschnigg an jenem Morgen am Bahnhof abholte, und daß der Bundeskanzler ihn unmit-

telbar darauf zum Frühstück einlud. Bei dieser Gelegenheit konnte Zernatto aus den Berichten Schuschniggs einen in persönlicher wie sachlicher Beziehung frischen und unmittelbaren Eindruck gewinnen.

Der Bericht ist übrigens, soweit bis heute erschienen, sachlich und unpolemisch gehalten. Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, auf gewisse äußerst interessante Einzelheiten einzugehen, die Zernatto veröffentlicht, und die gewisse interne Informationen, die wir selbst am 13. März 1938 in Innsbruck erhielten, völlig bestätigen. Festzuhalten aber ist die interessante Charakteristik, die der ehemalige Bundeskanzler seinem Vertrauten, unter dem unmittelbaren Eindruck von Berchtesgaden, von der Persönlichkeit Hitlers gegeben hat. Wir geben den Eindruck Schuschniggs im Wortlaut der französischen Fassung des Aufsatzes Zernattos wieder, weil durch eine Rückübersetzung eine gewisse Plastik verloreninge:

„Hitler est un homme qui, en se fondant sur son programme, agit par intuition. Il est fermement convaincu que la providence l'a envoyé au peuple allemand pour le délivrer et pour assurer sa puissance. Il croit aux principes de son parti comme à des dogmes religieux. Il est persuadé qu'il n'y a aucune puissance au monde qui pourrait l'empêcher d'accomplir l'oeuvre qu'il a entreprise. Il s'en tient clairement au principe que les moyens sont secondaires et que le but prime tout. Il est possédé de l'indomptable volonté de „faire de l'histoire“.

Schuschnigg se fait une image du monde, Hitler a un modèle d'après lequel il juge le monde et essaie de le modeler.“

* * *

Aus diesen drei Komponenten ergibt sich unschwer das Ergebnis der denkwürdigen Münchner Konferenz. Dieses Ergebnis bedeutet in materieller Beziehung nicht mehr und nicht weniger als die integrale Erfüllung der Postulate des Memorandums von Godesberg mit Einschluß der Mehrzahl der wirtschaftlichen Bedingungen, die bezüglich der Übergabe der Gebiete in Godesberg der Tschechoslowakei auferlegt worden waren. Hitler hat für die Grenzziehung den Status von 1910 durchgesetzt, im Gegensatz zu den Postulaten der Westmächte. Daß übrigens an verschiedenen Punkten dieser Status sogar noch zu Gunsten Deutschlands überschritten wurde, ergibt sich aus der vorläufigen Grenzziehung, z. B. in der Gegend von Pilsen. Die definitiven Ergebnisse stehen hier allerdings noch nicht fest, doch läge eine solche Lösung eigentlich ganz auf der Linie des vollkommenen deutschen Erfolges von München.

Nun ist anderseits immerhin nicht zu übersehen, daß die Global-Räumung der Gebiete verhindert und die etappenweise Räumung durchgesetzt werden konnte, und zwar mit Fristen, die eine durchaus geordnete Rücknahme der tschechischen Truppen mit Einschluß des Materials ermöglichen sollten und allem Anschein nach auch tatsächlich ermöglicht haben. Sollte also auf deutscher Seite ein weiter gestecktes Ziel ins Auge gefaßt worden sein, durch das das territoriale und moralische Schicksal des tschechischen Volkes weitergehend berührt worden wäre, so wäre dies immerhin verhindert worden. Eine gewissenhafte Berichterstattung wird nicht umhin können, auch diesen Punkt andeutungsweise zu berühren, weil eben den Fristen und Terminen ein nicht geringes Gewicht innerhalb des Godesberger Memorandums zukam. Doch ist festzustellen, daß zur Zeit ein Beweis oder auch nur ein deutliches Indiz für solche Ansprüche kaum zu erkennen ist.

Im Ganzen genommen haben demnach die Westmächte die territorialen Ansprüche Hitlers zu gut 100 Prozent befriedigt, ihre eigenen Lösungsvorschläge also in vollem Umfange fallen lassen. Der Sieg Hitlers ist unter diesen Umständen als vollständig zu bezeichnen. Auf der einen Seite gibt er dem Deutschen Reich die Entwicklung nach dem Südosten in wirtschaftlicher und politischer Beziehung

im Wesentlichen frei, was jetzt schon daraus zu erkennen ist, daß das Reich die politischen Grenzziehungen in diesem ganzen Bezirk im Wesentlichen allein bestimmt.

Wie nun einerseits diese Entwicklung geeignet ist, die Machtstellung des Reiches in Europa in nichtgeahnter Weise zu verstärken, so wird dieser Erfolg noch augenfälliger durch die Tatsache, daß er im Territorialen wohl auf Kosten der Tschechoslowakei, in machtpolitischer Beziehung aber durchaus auf Kosten der Westmächte errungen wurde. Die Westmächte haben einen hohen Einsatz gewagt und sie haben ihn völlig verspielt. Deutschland, in Verbindung mit Italien, hält heute den Schlüssel zur Beherrschung Europas in Händen. Das europäische Gleichgewicht, das seit 1933 annähernd bestand, in der letzten Zeit allerdings nur noch mühsam scheinbar erhalten werden konnte, ist verschwunden. Die Friedensverträge von 1919/20 sind bezüglich ihrer gesamten kontinentalen Schlußfolgerungen territorialer, wirtschaftlicher und militärischer Art zerrissen. Deutschland ist Sieger.

Die Haltung Englands mag noch eine kurze gesonderte Betrachtung verdienen. Wir erinnern uns, in den ersten Tagen der Mission Runciman von einem guten Kenner der Engländer die bestimmte Ansicht gehört zu haben, England denke im Grunde gar nicht daran, sich jemals ernstlich wegen der Tschechoslowakei zu engagieren, es wolle sich vielmehr durch die Entsendung Runcimans vor der Welt ein Alibi verschaffen. Befiehet man nun das lapidare Ende dieser Mission, also die trockene Erklärung des Lords, daß eine andere Lösung als die Trennung nicht bestehe, so gewinnt diese Ansicht nicht wenig an Wahrscheinlichkeit.

Betrachtet man heute das machtpolitische Gesamtbild, so muß man feststellen, daß England zur Zeit einem kontinentalen Krieg als Teilnehmer nicht gewachsen war, und zwar aus Gründen seiner überseeischen Verbindungen. England lebt ausschließlich von der Sicherheit seiner Handelswege und vom Ertrag seiner Besitzungen und Dominions. All dies ist heute gefährdet. Es erscheint nachträglich fast unverständlich, wie dieses mächtige Reich seine Rüstung noch zu einer Zeit vernachlässigen konnte, wo die kommende Entwicklung bereits in Umrissen abzusehen war. Daß übrigens die weltpolitische Schwäche Englands seit München der ganzen Welt bewußt geworden ist, ergibt sich allein schon aus zwei Tatsachen: einerseits daraus, daß Japan sich keineswegs mehr scheut, die Verbindungen Hongkongs mit China abzuschneiden und die Araber in Palästina mit seltener Unbekümmertheit vorgehen, andererseits aus der andauernden Schwäche des englischen Pfundes, die un schwer eine nicht geringe Kapitalflucht verrät.

* * *

München aber ist kein Friede. Wenn die Konferenz außer der Regelung der tschechoslowakischen Frage im Sinne Hitlers noch ein weiteres Ergebnis gehabt hat, so ist es einzig die Manifestierung eines ganz massiven Rüstungswillens der Westmächte. Nach einem Frieden pflegt man aber in der Regel nicht zu rüsten, wohl aber nach einem Waffenstillstand, in Erwartung der Wiederaufnahme des Kampfes. Und deshalb ist München ein Waffenstillstand. Die verlorene Schlacht liegt für die Westmächte gar nicht darin, daß das Sudetendeutschtum wieder zu seinem Mutterlande zurückgekehrt ist; diese Lösung war nur gerecht und billig. Sie war die Wiedergutmachung eines Unrechts. Die Niederlage der Westmächte liegt aber darin, daß das Reich seinem territorialen Erfolg Auswirkungen geben konnte, die über eine „Revision“ der Bestimmungen des Versailler Vertrages weit hinaus gehen, und daß es diesen Erfolg durch den Gang der Entwicklung unter Umständen zu verfechten vermochte, welche die Zerstörung des europäischen Gleichgewichts und die machtpolitische Schwäche der Westmächte für alle Welt in denkbarer Plastik erkennen ließen. Diese Auffassung wird übrigens innerhalb der Achse selbst ohne jede Hemmung vertreten: wir verweisen hiefür nur auf die Auslassung der „Informazione

Diplomatica“ im Anschluß an die Rede von Saarbrücken, wo es hieß, daß künftige Abmachungen nur „nach dem Muster von München“ noch denkbar seien, woran die staatlich kontrollierte „Stampa“ den lapidaren Kommentar anschloß, die Niederlage der westlichen Demokratien sei vollständig.

* * *

Es macht heute den Anschein, als ob die Westmächte während des Waffenstillstandes das Äußerste an einen Aufbau ihrer Rüstungen setzen wollten. Es fragt sich nur, ob Hitler ihnen Zeit läßt, ihre Rüstungen zu vervollständigen, oder ob er nicht die heute bestehende Überlegenheit der Machtmittel der Achse dazu benutzt, um auch alle seine übrigen Forderungen solange durchzusetzen, als seine Suprematie besteht. Hier wäre vor allem die Kolonialfrage zu erwähnen, abgesehen von weiteren Problemen, die zur Zeit nicht zur Diskussion stehen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß Italien nunmehr innert der kurzen Zeit eines halben Jahres durch seine Haltung Deutschland die Erreichung machtpolitisch hochwertiger Ziele und damit eine ganz bedeutende Ausweitung seines Wirkungsraumes ermöglicht hat. Wird sich Mussolini wirklich mit Abessinien zufrieden geben? Es ist nicht anzunehmen. Anzunehmen ist vielmehr mit aller Wahrscheinlichkeit, daß Italien für sein bündnistreues, man kann auch sagen: entsagungsvolles Verhalten während der beiden letzten Krisen und im Verlaufe ihrer Auswirkungen eine entsprechende Entschädigung in Form eines Unterstützungsversprechens für gewisse Mittelmeerprobleme erhalten hat. Es bleibt der Phantasie jedes Einzelnen überlassen, die Objekte dieser Bestrebungen zu bestimmen.

* * *

Gleichwohl ist es doch möglich, daß München den Beginn eines endgültigen Friedens bedeutet, nämlich dann, wenn es nach dem Muster der „Informazione Diplomatica“ geht, die Westmächte also eines Tages auf die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs verzichten und die Forderungen der Achsenmächte „nach dem Muster von München“ annehmen. Wir halten diese Lösung nicht für sehr wahrscheinlich. Dagegen wäre eine andere denkbar, daß nämlich auch die Achsenmächte im Interesse einer ferneren Zukunft ihre augenblickliche Vormachtstellung nicht zu sehr ausnützen, sondern den Versuch machen, ihre noch bestehenden Rechtsansprüche auf dem Wege eines wirklichen Kompromisses geltend zu machen. Es wäre von englischer Seite sehr vernünftig, folgte man dort dem Rat, den heute der bekannte deutschfreundliche Lord Lothian publiziert: sofort dem Reich einen wesentlichen Teil seiner ehemaligen Kolonien anzubieten gegen die Zusage einer Rüstungsbeschränkung, die natürlich proportional dem heutigen Stand vorzunehmen wäre; im Falle einer Ablehnung aber, bezw. der für England wenig verlockenden Aussicht, daß das Reich auf den zurückgegebenen Kolonien militärische Stützpunkte gegen Großbritannien aufzurichten gedächte, die heutigen eingeleiteten Rüstungen mit aller Energie fortzusetzen.

Zürich, den 25. Oktober 1938.

Jann v. Sprecher.

Was jetzt not tut.

Die wichtigste Folgerung, die im Augenblick für den Schweizer aus dem Erdrutsch im Osten zu ziehen ist, scheint die, mit aller Kraft den aufgestörten Geist jeglicher defaitistischer Grübeleie zu entziehen. Es gibt Dinge, die man zu denken sich verbieten sollte, geschweige denn auszusprechen, weil sie auf den Menschen selbst und seine Umgebung lähmend wirken. Was aber den Willen zur Selbstbehauptung lähmt, indem es diese als aussichtslos hinstellt, ist für die Schweiz noch beson-

ders zerstörend. Ein Kleinstaat mit einheitlicher völkischer Naturgrundlage kann vielleicht einmal einen Schwächeanfall haben und sich aufgeben: die sprachliche Grundlage lebt dann meistens weiter und kann über kurz oder lang wieder eine neue Eigenstaatlichkeit hervortreiben. Die Schweiz ist lediglich der Wille ihrer Bürger zu ihr; wenn dieser aufhört, sei es auch nur dadurch, daß wir an ihr verzweifeln, so ist sie verschwunden wie ein Rauch, und nichts kann sie je wieder zurückbringen.

Mit dieser Bekämpfung des Defaitismus meinen wir nicht, ein Feldzug zur Abstellung aller Dinge aufs rein Schweizerische sollte noch verschärft werden, der in den letzten Zeiten zweifellos bereits Übertreibungen mit sich geführt hat. Diese Übertreibungen beruhen auf Gefühlsduselei, und sie können uns in der heutigen Lage nicht weiter bringen. Ein überhitzter Nationalismus, wenn auch nicht politisch angreiferischer Art, wird in einem Kleinstaat, wo er immer ein wenig lächerlich wirkt, leicht in einen größeren Rahmen hinüberschlagen. Maßstabslose und haßvolle Selbstüberhebung aus Überkompensation wird bei Verschiebung der äußeren Verhältnisse in Gefahr geraten, für ihre Gefühlsduselei andere Inhalte zu suchen. Was heute dem Schweizer not tut, ist ein kalter, klarer, nüchterner, unerschütterlicher Wille zur Unabhängigkeit, wie beschaffen auch die Umstände im Auslande gerade sein mögen. Patriotische Schützenfeststimmung richtet da wenig aus. Sie wird immer bereit sein, in haltlose Depression und Schwarzseherei umzuschlagen. Nur die kühl abwägende Einsicht in die Wirklichkeit kann jenen Willen unterbauen.

Was tatsächlich schlimm ist an der heutigen Lage der Schweiz, liegt auf der Hand. Alles Feste ist in Fluß geraten. Die Bewegung zum Nationalstaat hin macht in Europa Fortschritte. Die Versuche, Streitigkeiten und Versöhnungen der Großen auf dem Rücken der Kleinen zu bewerkstelligen, ist gewachsen. Frankreich, auf das viele unbedingt gebaut hatten, wird nicht mehr so leicht für mittelbare Interessen marschieren (für rein fremde selbstverständlich überhaupt nicht, heute so wenig wie jemals), sondern nur noch für unmittelbare. Deswegen nun die Flinte ins Korn zu werfen, dazu ist kein Anlaß. Österreich und die Tschechoslowakei sind nicht die Schweiz; gegen den Versuch dieser Parallelisierung kann gar nicht scharf genug Stellung genommen werden. Sie muß geradezu suggestiv wirken im In- und Ausland. Was ist denn in jenen beiden Ländern eigentlich geschehen? Fast zweifellos eine Verwirklichung der Selbstbestimmung. Von allem Tatsächlichen abgesehen, liegt es keineswegs im Interesse der Schweiz, dies leidenschaftlich zu bestreiten; denn dadurch wird gerade jene gefährliche Ungleichung grundverschiedener Sachlagen wiederum gefördert. Überhaupt war es kurzfristig, wie häufig in den Nachkriegsjahren der überwiegende Teil der Schweizer Presse und öffentlichen Meinung, um der Ruhe in Europa willen und zwecks Anschlusses an die scheinbar Mächtigen, gegen die Selbstbestimmung Stellung genommen hat. Ruhe ist nicht das Höchste und nicht einmal das Sicherste, wenn sie keine Wurzel hat. Die Schweiz ruht selbst auf dem Selbstbestimmungsrecht, so restlos wie kein anderer Staat Europas. Wenn es in Zukunft einmal eine zwischenstaatliche Rechtsordnung in Europa geben soll, so kann sie nur auf der Selbstbestimmung beruhen. Die Unmöglichkeit eines Bundes von Staaten, in welchem jeder nach innen zu treiben kann, was er will, wurde durch das Scheitern des Völkerbundes erwiesen. Die sicherste Grundlage für jene Rechtsordnung ist, wenn es in Zukunft nur noch Staaten mit überwältigender Zustimmung ihrer Bürger zu ihrer Staatszugehörigkeit gäbe.

Selbstverständlich ist es durchaus denkbar, daß eine Volksgruppe wider ihren Willen zu weit wertvolleren Dingen bestimmt werden könnte, als durch ihren Willen selbst. Aber abgesehen davon, daß nach demokratischer Auffassung nur diejenigen menschlichen Dinge Wert haben, welche auf Grund freier Willenseinsicht gewonnen werden, und daß man niemand zu seinem Glück zwingen kann — so gibt es überhaupt keine allgemein verbindliche Rechtsordnung, die nicht einen gewissen formalistischen Charakter haben müßte. Auch die bürgerliche Rechtsordnung hat das.

Ebenso ist mit dem schwer erkämpften Gedanken der Religionsfreiheit, demgegenüber man vielleicht mit einem gewissen Sinn geltend macht, nicht das Gewissen schlechthin solle autonom sein, sondern das von der Offenbarung, der Autorität usw. erleuchtete Gewissen; womit aber jeder Deutelei bis zur Aufhebung des Grundgedankens Tor und Tür geöffnet wäre. Wenn also eine Volksgruppe sich in einen Diktaturstaat hinein selbstbestimmt, so muß man immerhin sich einmal fragen, wie sie es vorher hatte; auch kann man sagen, des Menschen Wille ist sein Himmelreich, und wie man sich bettet, so liegt man; aber wer eine klare Rechtsordnung will, wird grundsätzlich nicht dawider reden können.

Hiergegen wendet sich der bekannte Beweisgrund, es sei mit Propaganda alles zu machen. Eine solche Behauptung ist — abgesehen davon, daß sie auch gar nicht zutrifft — wiederum den Belangen der Schweiz geradenwegs entgegengesetzt, ja sie enthält eine gewisse Einladung, jenes einmal an ihr auszuprobieren. Zu reinen Eroberungsaktionen aber überzugehen, wäre für einen Staat, der sich in dem Maße wie Deutschland auf das Selbstbestimmungsrecht berufen hat, weniger leicht — auch dem eigenen Volk gegenüber. — Aber es geht ja nicht um das Selbstbestimmungsrecht, sondern das Furchtbare ist die Gewalttätigkeit, ist, daß Gewalt und nicht Recht den Ausschlag gibt. Einverstanden; aber wann war es anders? Niemals. Nie hat ein Staat einen ihm ins Fleisch schneidenden Vertrag eine Minute länger eingehalten, als er sich dazu gezwungen fühlte oder es war. — Doch es handelt sich für Hitler ja nur um Zerstörung des europäischen Gleichgewichts und um Aufrichtung einer Vorherrschaft in Europa? Bei näherer Betrachtung verliert auch diese verbreitete Meinung viel von ihrer Schreckhaftigkeit. Wir haben, in den Jahren bis 1933, auch eine französische Hegemonie erlebt. Sicherlich war diese ein unvergleichlich mehr statischer Zustand als eine etwaige deutsche Hegemonie; jedoch gerade durch eine wirtschaftliche Betätigung im Osten Europas, die man dem von der Natur stiefmütterlich bedachten Deutschland schwer ganz versagen kann, würde viel von der unruhigen deutschen Kraft wohl gebunden und vom rein politischen Gebiete abgelenkt. Auch eine etwaige innerpolitische Gefährdung der Oststaaten dadurch wird stark übertrieben, da ja der demokratische Geist in Osteuropa jenseits von Prag längst überall untergegangen ist, was auch Frankreichs Bündnis-System nicht verhindern konnte.

Von einer unmittelbar bevorstehenden deutschen Vorherrschaft in Europa so leicht hin zu reden, ist auch unverantwortlich, und dient nur der allgemeinen Unwiderstehlichkeits-Suggestion. Denn die Westmächte stehen aufrecht und werden bei jedem unmittelbaren Angriff sich vielleicht wirksamer verteidigen als die Deutschen angreifen würden. Das deutsche Volk ist nicht kriegswilliger als andere, das steht wohl fest — besonders seit man von den Volksmassen gelesen hat, die (vor dem Abschluß!) mehrmals die Polizeisperren durchbrachen, um Chamberlain ihre Huldigungen darzubringen. Selbst durch die Fesseln der Diktatur hindurch hat sich diese Kriegsunwilligkeit in der letzten Krise als politisch wirkender Faktor Bahn gebrochen. Und das ist das überwältigend Neue an der Situation, daß diese Stimmung der Völker nirgends mehr übersprungen werden kann; von dieser Tatsache geht eine Hoffnung aus, welche alles Bedrohliche der Zukunft vielleicht dennoch mindestens aufwiegt. Es gibt nur noch ein Gefälle zwischen der offenen Kriegsunwilligkeit der demokratischen Völker und der versteckten der Diktaturvölker; und mit diesem Gefälle kann eine geschickte und nervenstarke Politik in günstigem Falle noch Erfolge haben. (Die Frage ist allerdings, ob die mißhandelten Nerventräfte Europas nicht bei Erneuerung solcher Lagen einmal nach der andern Seite explodieren könnten.) Aber größer ist dies Gefälle zwischen einem Diktaturvolk, das zu unorganischen und ihm unerwünschten militärischen Taten gespornt werden soll, und einem äußerlich stark unterlegenen demokratischen Volke, das zur Verteidigung seiner von allen Bürgern gewollten Unabhängigkeit bis zum letzten

Blutstropfen entschlossen ist. Auf Grund dieses letzteren Gefalles kann die Schweiz vielleicht auch im schlimmen Falle sich noch politisch verteidigen, falls sie sich nicht selbst durch unreife Verzweiflungsstimmungen ihre Entschlossenheit lähmt.

Und der Zeitgewinn ist eben im Wettlauf zwischen Krieg und Frieden doch vielleicht von letzter Wichtigkeit; — wenn wir uns einmal umbrechen und bemerken wollen, daß an anderer Stelle ein Silberstreifen am Himmel steht, den wir mit Dankbarkeit aufnehmen sollten. In den Rundgebungen Chamberlains, aber auch Roosevelts war einfach ein neuer Ton, der vorher noch nicht erklingen ist. Es war nicht mehr das schleimige Friedens-, Selbstlosigkeits-, Humanitäts- und Rechtsgerede, durch das man sich selbst ein Alibi und eine gute Weltmeinung machen will, wenn man darnach hemmungslös und mit jedem Mittel seinen Vorteil wahrnimmt. Für jeden, der Ohren hat zu hören, klang darin zum ersten Mal etwas wie die ersten Ansätze zu einer uninteressierten Menschlichkeit in der Politik. Dies und nichts anderes wäre der Grund, auf dem eine kommende Rechts- und Friedensordnung, ein neuer Völkerbund aufbauen könnte: ein wirkliches und nicht mehr erheucheltes gemein-europäisches, gemein-menschliches Verantwortlichkeits- und Solidaritätsgefühl. Das mögen sich die gesagt sein lassen, welche der Hoffnung nachtrauern, durch einen Weltkrieg die Diktatoren stürzen zu können. Abgesehen davon, daß dieser Krieg unsägliches Elend, Europas Zerstörung heraufgebracht, mindestens Frankreich einen unverwindbaren Stoß in die innerste Lebenskraft versetzt hätte — so hätte der Schuß auch geradezu hinten hinaus gehen können. Und wer hätte die reinen Hände, um sich als Befreier der Diktaturvölker aufwerfen zu können? Schwerlich die Regierungen, die sich ziemlich gelassen einem Arbeitslosenheer gegenübersehen; schwerlich die Völker, welche über Farbige gleich oder ähnlich hoher Geistesleistung, oder wenigstens die auch Menschen mit Menschenantlitz sind, eine nackte Zwangs- und Ausbeutungsdiktatur unterhalten, sie rein als Mittel zu eigenen militärischen oder wirtschaftlichen Zwecken betrachten. Schwerlich diejenigen, welche heute predigen, Deutschland müsse restlos zertrümmert werden, damit „einmal Schluß ist mit diesem Volk“. In diesem „Schlußmachen“ würden sich so viele eigensüchtige und imperialistische Interessen eindrängen, daß auf ein Über-Versailles unfehlbar ein Über-Nationalsozialismus folgen würde, der sich schließlich so oder so wieder Bahn bräche. Präventiv-Kriege sind verbrecherisch und sinnlos (wo ist das österreichisch-ungarische Reich heute?); die Zeit bietet immer auch positive Chancen, und man muß der höheren Macht schließlich etwas überlassen.

Und noch eins: man kann wohl diskutieren, ob jetzt ein Krieg zweckmäßig gewesen wäre oder nicht. Aber wenn es der Schweizer tut, so soll er es mit Bescheidenheit und Zurückhaltung tun. Den richtigen Ton dabei zu finden ist für einen, der im Ernstfell zu Hause bleibt, Sache des Geschmacks. Jedenfalls sollte der Schweizer nicht die Franzosen, welche jene Frage mit Nein beantworten zu müssen glaubten, als Defaitisten, Verräter und Schwächlinge heruntermachen. Wir müssen schon diejenigen, die die Blutopfer wirklich zu bringen hätten, darüber auch entscheiden lassen. Gerade wer glaubt, daß die Schweiz vielleicht noch einmal alle Sympathien brauchen kann, sollte die Manier, vom sichern Port aus andern gute Lehren zu erteilen, die in der Welt sehr unbeliebt ist und für ein Schweizerisches Laster gilt, strengstens vermeiden.

Niemand will die düstern Wolken über der Schweiz wegschlagen. Aber auch die Möglichkeiten, daß alles gut geht, sind groß und bei einigermaßen geschickter und charaktervoller Politik wahrscheinlich hinlänglich. Die Schweiz ist nicht verloren; wer das Gegenteil verkündet, soll wissen, daß er mitschuldig daran wäre.

Diese Politik hätte wohl als Grundsatz das alte „Fortiter in re, suaviter in modo“ anzunehmen. Leider fehlt es noch häufig an beiden. Aber das erste wollen wir heute einmal nicht reden, da es ohnehin genug geschieht. Das zweite hieße etwaigen Gegnern Anknüpfungspunkte entziehen. Wir denken da vor allem an die jetzt viel erörterte Frage der Schweizer Presse-Berichterstattung über Deutschland.

Daß wir besonders Aufhebung von Meinungsfreiheit und Mitregierung des Volkes, Konzentrationslager und innerpolitische Hochverrats-Hinrichtungen ablehnen, auch Juden- und Kirchenkampf in dieser Form, damit steht und fällt unsere Demokratie. Doch gibt es daneben nicht auch andere Dinge aus Deutschland zu berichten, die zu wissen lohnte? Von der „Nationalzeitung“ reden wir hier natürlich nicht, über sie ist in diesem Betracht kein Wort zu verlieren. Aber wir denken etwa an die „Neue Zürcher Zeitung“, ein ernsthaftes Blatt, dessen Feuilleton in musterhafter Weise begründete Ablehnung des rein Parteimäßigen und ebensolche Anerkennung des sachlich Wertvollen im deutschen Geistesleben zu verbinden weiß. Schriftstellerisch noch so glänzende, sachlich meist noch so zutreffende Kritiken an der deutschen Politik können nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier in dieser Hinsicht während vieler Monate kein positives Wort fällt. Sollte es der Zeitung, die Italien so verschwenderische Lorbeeren spendet, so schwer sein, auch einmal einen sachlich haltbaren, ungeschönten, zusammenfassenden Bericht über soziale und wirtschaftliche Aufbauleistungen Deutschlands zu bringen? Wie viel Zwischenstaatliches könnte durch derlei entgiftet werden! Wenn von diesen Leistungen zu erfahren, unsere Demokratie umwirft, so ist nicht viel an ihr verloren. Die Gefahr für sie gerade in dieser Hinsicht beruht in der übertriebenden Flüsterpropaganda, die sich in jenes Vakuum einnistet. Ch. A.

Kultur- und Zeitfragen

Radiokultur / Notwendigkeit oder Utopie?

Die Schweiz steht nach der neuesten Statistik der Rundspruchgesellschaft in der Hörerdichte an achter Stelle von insgesamt 35 Ländern. Am 31. März 1938 betrug die Zahl der Konzessionäre 508 909. Da man auf eine Konzession vier Hörer rechnet, so heißt das also, daß zwei Millionen, d. h. die Hälfte der Einwohner der Schweiz, regelmäßig Radio zu hören Gelegenheit haben. Sie alle stehen heute in großer Gefahr. Diese ihnen bewußt zu machen, ist der Zweck dieser Zeilen. Es geht nämlich ganz einfach darum, ob die Kultur, in der wir leben, durch das Radio gefördert oder gegenteils durch diese Erfindung vernichtet wird. Eine nicht ganz unwesentliche Frage, sollte man meinen! Merkwürdigerweise ist sie in ihrer ganzen Schärfe erst den Allerwenigsten zum Bewußtsein gekommen.

Um zu ihr Stellung zu nehmen, braucht es zuerst eine kleine Einigung auf das, was Kultur eigentlich ist. Ohne mich in die letzten Spitzfindigkeiten des vieldiskutierten Unterschiedes zwischen Kultur und Zivilisation verlieren zu wollen, glaube ich doch folgende Definition vorausschicken zu müssen, mit der man sich, so hoffe ich, im großen und ganzen einig erklären wird: Kultur ist die bewußte Pflege und Veredelung eines Tätigkeitsbereiches. (Apikultur befaßt sich mit Bienen, Musikultur mit Musik. Pflege und Veredelung erstreben beide.) Kulturträger im engeren Sinne sind jene Menschen, welche sich die höheren Güter, d. h. die des Geistes und der Kunst, zu dauernder Pflege erwählt haben. Sie sind nach folgender Rangordnung wichtig für die Kultur: Produzierende (Schaffende), Reproduzierende (Nachschaffende) und Rezipierende (Empfangende). Für die Blüte jeder Kultur ist ein ununterbrochener Krätaustausch zwischen allen dreien notwendig, der auf der Anerkennung der Rangordnung gegründet ist. (Die Rezipierenden ehren die Reproduzierenden und Produzierenden als Meister; die gleiche ehrfürchtige Anrede wird den Produzierenden von den Reproduzierenden gegeben.)

Man überlege sich wohl, ob man gewillt ist, diese Definition als richtig anzunehmen. Denn tut man es, so wird man nach kurzem Nachdenken inne werden,